L1 Ein Gespenst geht um ...

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	14.10.2026
Tagesordnungspunkt:	2. Leitantrag

Ein Gespenst geht um und es ist nicht der Sozialismus. Es ist das Wiedererstarken des Faschismus. Doch statt dass alle Mächte der Bundesrepublik, Bundeskanzler und SPD-Generalsekretär, Lanz und Maischberger, Dobrindt und deutsche Polizisten, sich einer „heiligen Hetzjagd“ gegen den Aufstieg rechtsextremistischer Kräfte verschreiben, gestaltet sich die Situation in der wir uns befinden gänzlich anders:

Ganz Deutschland – nein ganz Europa, vielleicht sogar die ganze Welt – rückt seit Jahren Stück für Stück nach rechts. Beweise dafür liefern der Wahlsieg Donald Trumps, das Wegsehen bei den Völkerrechtsverbrechen rechter Regierungen in Westasien, der wachsende Einfluss rechtsradikaler Parteien in Europa und das Nachhallen der „Send them back“-Rufe im Europaparlament. Zuletzt bekam bei den vergangenen Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die AfD jeweils die meisten Stimmen. Die Aussicht darauf, dass die AfD bald den Ministerpräsidenten eines deutschen Bundesland stellen könnte, jagt vielen einen Schauer über den Rücken. Eigentlich müssten die demokratischen Parteien diesen menschenfeindlichen Ideologien jetzt entschieden entgegen treten.

Und was ist die Antwort demokratischer Parteien auf das Erstarken des Faschismus? Eben nicht die “heilige Hetzjagd”, sondern seit Jahren – wenn nicht gar Jahrzehnten – ein Modus des politischen „Weiter so“. Union und SPD hangeln sich von Wahl zu Wahl ohne jemals tatsächlich etwas fundamental zu verändern. Über Kurz oder Lang werden sie sich damit in die politische Bedeutungslosigkeit manövrieren und dabei einen Parlamentarismus hinterlassen, in den die Bürger*innen jegliches Vertrauen verloren haben. Nicht zuletzt ist auch die Strategie der Union, die AfD durch die Übernahme ihrer Sprache und Forderungen zurückzudrängen, gescheitert. Durch die Übernahme rassistische Problemdeutungen und Forderungen hat sie, statt die AfD „zu halbieren“, eher noch die gesellschaftliche Akzeptanz menschenfeindlicher rechter Ideen gestärkt.

Was wir jetzt brauchen ist nicht rassistische Hetze oder neoliberale Reformen, die sich als Sozialkürzungen entpuppen, sondern Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit. Eine Politik, die wirtschaftliche Interessen über soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und gesellschaftliche Teilhabe stellt, verschärft bestehende Ungleichheiten und untergräbt das

Vertrauen in demokratische Institutionen. Dabei ist der Anspruch, dem die Demokratie gerecht werden muss, dass sie gute Lebensbedingungen für alle schafft und ihnen ermöglicht, über ihre Zukunft mitzuentscheiden.

Baseballschlägerjahre 2.0

1990 versprach Helmut Kohl „blühende Landschaften“. Doch gerade in Ostdeutschland haben viele Menschen erlebt, wie weit politische Versprechen und die Wirklichkeit auseinanderliegen können. Was die ostdeutsche Bevölkerung in den Jahren nach dem Mauerfall erlebte, war für viele der reinste Albtraum – Ausverkauf, Arbeitslosigkeit, Abwanderung. Schon damals ging ein Gespenst des Faschismus um und schon damals blieb eine „heilige Hetzjagd“ aus. Während der Baseballschlägerjahre spielten sich vielerorts in Ostdeutschland Szenen massiver rechter Gewalt ab – in Rostock-Lichtenhagen, in Hoyerswerda und bei zahlreichen Angriffen auf linksalternative Menschen, die nachts auf dem Heimweg zusammengeschlagen wurden. Statt das offensichtliche Problem ernst zu nehmen, wurde der aufkeimende Rechtsradikalismus unterschätzt oder sogar offen kleingeredet. So verklärten CDU-Politiker die Sachsen als „immun gegen Rechtsextremismus“.

Ende der 90er und Anfang der 2000 folgte unter der rot-grünen Regierung die neoliberale Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze. Zum Wohle von Wirtschaft und BIP wurde der Sozialstaat skrupellos ausgeschlachtet, Deutschland zum Niedriglohn-Paradies umstrukturiert und Millionen Menschen in Existenzängste und finanzielle Unsicherheit gestürzt. Bei der Landtagswahl 2004 in Sachsen erhielt die Neonazi-Partei NPD 9,2% Stimmen. Die AfD kam zehn Jahre später bei ihrer ersten sächsischen Landtagswahl aus dem Stand auf 9,7% der Stimmen.

Ein Vierteljahrhundert später und wir erleben erneut eine Welle neoliberaler Reformen. Während für Steuergeschenke an Ölkonzerne Geld da ist, wird bei Familien, Rentner*innen, marginalisierten Menschen, Kultur, Bildung, dem Sozialstaat und unserer Demokratie – quasi bei allen, außer bei Reichen und Unternehmensgewinnen – gekürzt. Erneut droht eine Welle sozialer Verunsicherung durch das Niederhexeln des Sozialstaats loszutreten. Nun führt soziale Verunsicherung nicht zwangsläufig zu rechten Einstellungen. Sie bietet jedoch Anknüpfungspunkte für autoritäre und rassistische Erzählungen, wenn politische Antworten ausbleiben und menschenfeindliche Einstellungen nicht entschieden bekämpft werden.

Dass die Politik der Regierung wenig für uns zu bieten hat, das sieht man an vielerlei Stellen:

Erstens: der Zukunft abgewandt, fährt die Regierung gegen die Wand

Der Sommer 2026 war ein Sommer der Extreme. Hier in Deutschland war es extrem trocken und extrem heiß. So heiß, dass in Leipzig die Schienen schmolzen. So trocken, dass es in der Sächsischen Schweiz, in Nordsachsen, im Landkreis Meißen, im Vogtland – wo eigentlich nicht? – zu etlichen großflächigen Waldbränden kam. Die Klimakrise steht also längst auch hier im globalen Norden

vor unserer Haustür. Wer jetzt auf die Idee kommt, dass „mehr Klimakatastrophe“ jetzt auch zu mehr Aktionismus beim Klimaschutz führt, muss sich auf Ernüchterung gefasst machen. Die Bundesregierung subventioniert mit dem Tankrabatt mal eben so die Übergewinne der Ölkonzerne (und das zum zweiten Mal in diesem Jahr) und die Minderheitsregierung hier in Sachsen bremst die Energiewende aus, indem sie vorerst Windkraftprojekte per Erlass verbietet. Doch damit nicht genug: während Jahr für Jahr der Klimawandel unsere Zukunft stärker bedroht, sollen wir mit der fortschreitenden Wiedereinführung der Wehrpflicht gezwungen werden, für dieses Land im Zweifel zu töten und zu sterben. Für eine lebenswerte Zukunft sind wir der Bundesregierung zu egal, als Material für die Bundeswehr reichen wir noch aus. Als Teil der Generationen, die auch noch in Zukunft auf diesem Planeten gerne ein halbwegs angenehmes, friedliches Leben fristen wollen, sagen wir: na schönen Dank auch.

Zweitens: Miethaie zu Fischstäbchen

Die Mieten sind arschteuer geworden und mittlerweile eines der drängendsten Probleme im Alltag der Menschen. Im Schnitt zahlen Menschen in Deutschland 27,8% ihres Nettoeinkommens für Miete [1], junge Menschen sogar die Hälfte[2] – Tendenz steigend. Während sich in Städten wie Chemnitz, Mittweida oder Freiberg oft ein WG-Zimmer im Preisbudget vom BaföG (380€) noch finden lässt, sieht das in den Städten Leipzig und Dresden schon ganz anders aus. Dort liegen die durchschnittlichen Preise für ein WG-Zimmer deutlich über 400€ [3]. Über verschiedene soziale Lösungsansätze, etwa die Vergesellschaftung großer Wohnkonzerne oder einen bundesweiten Mietendeckel, wollen Union und SPD nicht sprechen. Insbesondere wenn es darum geht Miethaie zu entmachten und Wohnungen in die Hände derjenigen zu legen, die darin wohnen krakeelen Spitzenpolitiker von CDU/CSU „das sei Sozialismus“ und ziehen alle Register, um solche Gesetze zu verhindern – von Springer-Hetzkampagne bis zur verfassungswidrigen Androhung nicht mehr in den Länderfinanzausgleich einzuzahlen. Zwischenzeugnis für die Regierung im Bereich Wohnen: ungenügend.

Drittens: bei Bildung nicht nur Armutszeugnisse ausstellen

Die sächsische Bildungspolitik lässt sich gut damit zusammenfassen, dass während deutsche Schulen in der neusten PISA-Studie einen neuen historischen Tiefpunkt in der Qualität der Bildung erreichen [4], der Freistaat Sachsen Stellen von Lehrkräften abbauen möchte [5]. Möglichkeiten von kleineren Klassenschlüsseln werden leichtfertig aus der Hand gegeben. Individuelle und selbstbestimmte Lernprozesse, in deren Mittelpunkt die Schüler*innen und nicht ihre Noten stehen? Fehlanzeige! Doch das ist kein Zufall.

Das sächsische Bildungssystem ist voller Auswahlprozesse und dort zählt vor allem eines: Leistung. Dadurch entsteht ein enormer Leistungsdruck, der kaum Platz für individuelle Entwicklungen, Bedürfnisse und Interessen lässt. Zusammen gedacht mit den zahlreichen anderen Krisen unserer Zeit ist es damit kein Wunder, dass mittlerweile jede*r vierte Schüler*in psychische Auffälligkeiten zeigt [6]. Während die Problemen mit der mentalen Gesundheit von Schüler*innen immer schlimmer werden, stehen Schulen den immer größer werdenden Problemen mit

Rechtsextremismus meist alleine und überfordert gegenüber. Wenn dann aber einmal über multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit geredet wird, dann meistens, wenn es um Kürzungen geht.

Neben Leistung spielt im sächsischen Schulsystem aber noch etwas eine große Rolle: deine soziale Herkunft. Deutschland gehört unter den Industrienationen zu den Ländern mit der höchsten Bildungsungerechtigkeit [7]. Gerade mal ein Viertel der Kinder aus Arbeiterfamilien, besuchen überhaupt das Gymnasium [8]. Nicht einmal eines von vier Kindern aus einer Arbeiterfamilie hat einen Hochschulabschluss [9]. Und je höher der Bildungsabschluss, desto elitärer wird es. Reproduziert wird durch unser Bildungssystem, was wir sonst auch an anderen Stellen in unserer Gesellschaft sehen: hast du was, dann bist du wer; hast du nichts, dann… – Stopp! Wir lassen uns das nicht gefallen und nehmen nicht hin, dass die Chancen auf gute Bildung in Sachsen davon abhängen wer unsere Eltern sind, was sie beruflich machen und wie gut wir im System performen. Wir wollen gute Bildung für Alle!

Viertens: wenn der Faschismus ein Schreckgespenst ist, dann ist der Neoliberalismus ein Zombie

Trotz schlechter Wahlergebnisse halten die Parteien der Bundesregierung an ihrem neoliberalen Reformkurs fest. Statt sich der Realität zu stellen, dass sie an der Wahlurne für ihre unsoziale Politik abgestraft wurden, verstecken sie sich hinter der fadenscheinigen Begründung, sie hätten die Reformen nur nicht gut genug erklärt.

Das ist fadenscheinig deshalb, weil Union und SPD hier aktiv ihre Wähler*innen für dumm verkaufen wollen. Union und SPD können sich nicht vorstellen, dass die Menschen ihre Reformvorschläge verstehen und genau deshalb doof finden. Die große Wählerabwanderung, die chronisch tiefen Zustimmungswerte für den Kanzler und die schiere Masse an Menschen, die bundesweit am 26.09. gegen die Politik der Bundesregierung demonstrierten, belegen aber, dass die Wähler*innenschaft ganz genau durchschaut hat was Union und SPD da tun.

Aber wie ein Zombie eben, jagen die Regierungsparteien allem nach, was halbwegs wie öffentliche Infrastruktur klingt und wo sich noch ein minimaler Haufen Geld für eine Haushaltskürzung auffinden lässt. Über die Jahrzehnte hinweg hält sich der Neoliberalismus mal mehr, mal weniger wacker in der politischen Landschaft und richtet dabei gravierenden Schaden an. Denn der Aufstieg der AfD ist nicht kürzlich vom Himmel gefallen. Autoritäre Tendenzen und der Zuspruch zu rechtsextremem Gedankengut sind nicht urplötzlich aufgetaucht. Seit Jahren hangelt sich der Kapitalismus von Krise zu Krise, und ständig werden die Kosten dieser Krisen auf die Gesellschaft abgewälzt. Seit Jahren profitiert die AfD davon.

Die Antwort von Union und SPD lautet in der gleichen Zeit: Gürtel enger schnallen und mehr ackern. Dass das eine unzureichende Antwort auf die Krisen unserer Zeit ist, zeigt sich dadurch, wie sich der Alltag der Menschen spürbar

verschlechtert – seien es nun die Mieten, der Bildungssektor oder die Defizite beim Klimaschutz. Dadurch hat sich eine riesige Lücke beim Vertrauen in unsere Demokratie aufgetan, die die AfD mit rassistischen, spaltenden Erzählungen zu füllen versucht und scheinbar auch teilweise Erfolg damit hat. Die Krise in der sich unsere Demokratie befindet ist demnach die Folge der Krisen des Kapitalismus und der fehlenden Antworten der sogenannten Volksparteien.

Fight or Flight

Gespenster machen Angst. Sie sind seit Jahrhunderten der Klassiker unter den Gruselgeschichten. Hat unser Körper einmal Angst registriert, gibt er uns meist zwei Handlungsoptionen: Flucht oder Kampf. Wir wollen kämpfen!

Als GRÜNE JUGEND Sachsen kämpfen wir für das gute Leben für Alle. Dafür reichen kleine Korrekturen innerhalb der bestehenden Verhältnisse allein nicht aus. Aus unserer Sicht braucht es die Überwindung des Kapitalismus. Die Klimakrise, die Frage nach echter Freiheit und soziale Ungerechtigkeit lassen sich nur durch eine grundlegend andere, eine demokratischere, sozialere und solidarischere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung lösen, die sich an den Bedürfnissen des Menschen und der ökologischen Grenzen unseres Planeten orientiert.

Und diese Zukunft ist möglich. Ihr Anfang liegt überall dort, wo Menschen sich zusammentun: Beschäftigte, die für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmung im Betrieb kämpfen, Mieter*innen, die sich gegen Verdrängung organisieren, und Initiativen, die vor Ort solidarische Räume schaffen. Alleine dieses Jahr haben wie gesehen, wie erfolgreich das sein kann: in Spanien wurde die Zwangsräumung einer alten Frau verhindert, in Frankreich stellen Jugendliche gerade die größten Proteste seit Jahren gegen den Sparhaushalt auf die Beine und in Indien bringt die Jugend gerade die Regierung ans Limit. Sie alle zeigen, dass wir den Verhältnissen und Krisen nicht ohnmächtig gegenüberstehen, sondern das wir sie gemeinsam verändern können.

Unsere Vorstellung dieser Zukunft ist konkret: eine warme Wohnung, ohne Angst vor der nächsten Mieterhöhung. Zeit für Freund*innen, Familie und Erholung, statt eines Lebens, das sich um Arbeit und Existenzsicherung dreht. Schulen, in denen die Herkunft nicht über die Zukunft entscheidet. Eine Gesundheitsversorgung, die alle erreicht und für alle erreichbar ist. Busse und Bahnen, die überall – auch auf dem Land – verlässlich fahren. Jugendclubs, Kultur und barrierefreie Begegnungsorte, die allen offen stehen. Eine Gesellschaft, in der niemand wegen einer Behinderung, der eigenen Herkunft, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung ausgeschlossen wird.

Für diese Zukunft wollen wir Mehrheiten gewinnen. Als GRÜNE JUGEND Sachsen wollen wir gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Initiativen vor Ort für ein besseres Morgen streiten. Hoffnung entsteht, wenn aus der Aussicht auf Veränderung die Erfahrung eigener Handlungsmacht wird. Jeder erhaltene Jugendclub, jeder gewonnene Arbeitskampf, jede vergesellschaftete Wohnung, jeder genossenschaftliche Supermarkt, jeder solidarische Landwirtschaftsbetrieb, jedes

finanzierte Frauenhaus, jede solidarische Rechtsberatung und jeder geschützte Freiraum verbessert das Leben von Menschen und zeigt: unsere Kämpfe sind erfolgreich. Daraus kann die Kraft wachsen, auch die großen gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.
Der Rechtsruck ist kein unabwendbares Schicksal. Die Zukunft ist offen, und wir haben die Möglichkeit mitzugestalten, wie sie aussieht. Wir wollen eine Gesellschaft aufbauen, die Sicherheit durch Solidarität schafft, Wohlstand gerecht verteilt und Freiheit für alle ermöglicht. Eine Gesellschaft, auf deren Zukunft wir uns freuen können. Dafür organisieren wir uns. Dafür kämpfen wir gemeinsam.

Begründung

Lanz und Maischberger – zwei bekannte deutsche Fernsehmoderator*innen. In ihren Talkshows treten in der Regel Spitzen-Politiker:innen und Expert*innen auf, um tagesaktuelle politische Fragen zu diskutieren

„heiligen Hetzjagd“ – sprachliches Bild aus der Einführung des Werkes "Das kommunistische Manifest" (1848) von Karl Marx und Friedrich Engels. Es beschreibt, dass sich verschiedenste Akteure aus dem politischen Betrieb (die sonst nicht zusammen arbeiten würden) zu einer geschlossenen Front dagegen stellen und mit großem Aufwand versuchen eine politische Strömung (z.B. Kommunismus) zu bekämpfen.

Parlamentarismus – Regierungsform, in der das vom Volk gewählte Parlament die zentrale Rolle einnimmt.

Neoliberalismus – wirtschaftspolitische Strömung, die insbesondere auf einen freien Markt, privates Eigentum und möglichst ungehemmten Wettbewerb setzt und vom Staat verlangt sich möglichst wenig einzumischen, außer wenn es darum geht den freien Markt und Eigentum zu schützen.

Baseballschlägerjahre – Begriff für die Zeit nach der Wiedervereinigung in den 1990ern, die geprägt war von Gewalt durch Neonazis.

Agenda 2010 – großes Reformvorhaben der Regierung unter Gerhard Schröder (SPD), das für mehr Wirtschaftswachstum sorgen sollte.

Hartz-Gesetze – Paket aus 4 Reformgesetzen im Bereich Arbeit und Soziales, welches nach Peter Hartz (Leiter der Reformkomission) benannt wurde. Teil der Reformen war unter anderem die Einführung des Arbeitslosengeld II (Hartz IV).

Flavio Bolsonaro – Präsidentschaftskandidat in Brasilien und Sohn des früheren Präsidenten Jair Bolsonaro, der aktuell wegen Umsturzversuchen und Versuchen die Demokratie abzuschaffen in Haft ist.

[1] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_129_12_63.html
[2] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/08/PD25_N045_63.html?n-n=2110
[3] https://mlp-se.de/redaktion/mlp-se-de/studentenwohnreport-microsite/2026/report/mlp-

studentenwohnreport-2026.pdfvgl. Tabelle 5-1
[4] https://www.zib.education/pisa/pisa-2025/
[5] https://www.bildung.sachsen.de/blog/index.php/2026/05/19/sachsen-stellt-sich-auf-sinkende-schuelerzahlen-ein/
[6] https://bosch-stiftung.de/publikation/deutsches-schulbarometer-befragung-schuelerinnen
[7] https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/deutschland-versagt-bei-bildungsgerechtigkeit
[8] https://www.ifo.de/pressemitteilung/2023-04-18/chancenmonitor-2023-bildungschancen-haengen-stark-vom-elternhaus-ab
[9] https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/515729/von-der-grundschule-zur-hochschule-wer-kommt-an/

Ein Gespenst geht um. Aber es ist nicht der Sozialismus.
Das Gespenst ist der neue Faschismus.
Faschismus bedeutet: Menschen lehnen Demokratie ab und glauben, dass manche Menschen besser sind als andere.
Normalerweise würden die Politiker gegen Faschismus kämpfen.
Das passiert aber gerade nicht.

Deutschland und Europa rücken nach rechts

Deutschland und viele andere Länder werden politisch immer „rechter“.
Das heißt: Mehr Menschen unterstützen rechte Parteien.
Ein Beispiel ist die AfD in Deutschland.
Auch andere Länder wählen rechte Parteien, wie zum Beispiel in den USA Donald Trump.
Viele Menschen machen sich Sorgen, dass bald sogar die AfD einen Ministerpräsidenten stellt.
Eigentlich sollten alle demokratischen Parteien gemeinsam gegen Rechtsextremismus kämpfen.
Das passiert aber nicht genug.

Die Reaktion der Politik

Die demokratischen Parteien machen immer so weiter wie bisher.
Sie verändern wenig.
Viele Menschen verlieren deshalb das Vertrauen in die Politik.
Die CDU und SPD versuchen, Wähler zurückzugewinnen, indem sie rechte Themen übernehmen.
Das hat nicht funktioniert.
Im Gegenteil: Rechte Ideen werden dadurch noch mehr akzeptiert.
Was wir jetzt brauchen, ist keine Hetze gegen Minderheiten.
Wir brauchen Lösungen für die wichtigen Probleme in unserer Gesellschaft.
Politik sollte für Gerechtigkeit, Umweltschutz und Teilhabe sorgen.
Alle Menschen sollen gut leben können und bei Entscheidungen mitmachen.

Baseballschlägerjahre – schwere Zeiten nach der Wende

Nach 1990 – also nach dem Mauerfall – gab es viele Versprechen, zum Beispiel von Helmut Kohl.
Viele Menschen in Ostdeutschland waren aber enttäuscht.

Sie bekamen keine guten Jobs und viele mussten wegziehen.
Gleichzeitig gab es viele rechtsextreme Gewalttaten.
Die Politiker haben das Problem damals oft nicht ernst genommen.
Viele haben so getan, als ob es kein Rechtsextremismus gibt.

Agenda 2010 und Hartz-Gesetze
Die SPD und die Grünen machten später viele Sozialleistungen kleiner.
Viele Menschen hatten deshalb weniger Geld.
Viele fühlten sich unsicher.
Das half rechtsextremen Parteien und machte sie stärker.
Wieder neue Sozial-Kürzungen
Heute gibt es wieder weniger Geld für Familien, Rentner, Arme, Kultur und Bildung.
Nur Reiche und Unternehmen bekommen keine Kürzungen.
Dadurch fühlen sich viele Menschen unsicher und ungerecht behandelt.
Wenn die Politik keine Antworten gibt, bekommen rechte und autoritäre Ideen mehr Zulauf.

Probleme in unserer Gesellschaft
1. Klima-Krise
Die Sommer in Deutschland werden immer heißer und trockener.
Überall gibt es Waldbrände.
Trotzdem macht die Politik nicht genug für den Klimaschutz.
Die Regierung gibt sogar noch Geld an Ölkonzerne.
Viele junge Menschen sind wütend darüber, weil ihre Zukunft bedroht ist.
Statt für den Klimaschutz werden Soldaten gebraucht.
2. Hohe Mieten
Wohnen ist sehr teuer geworden.
Viele Menschen, besonders junge Menschen, geben viel Geld für Miete aus.
In manchen Städten gibt es kaum noch bezahlbare Zimmer.
Politiker tun wenig dagegen.
Ideen wie ein Mietdeckel oder mehr staatliche Wohnungen werden oft abgelehnt.
3. Bildung
Das Bildungssystem in Sachsen und Deutschland ist nicht gerecht.
Es gibt zu viele große Klassen und zu wenig Lehrer.
Viele Schüler sind gestresst und bekommen psychische Probleme.
Ob jemand gute Bildung bekommt, hängt oft vom Elternhaus ab.
Kinder von Eltern ohne viel Geld bekommen oft keinen guten Schulabschluss.
Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben.
4. Neoliberalismus
Neoliberalismus bedeutet: Der Staat spart bei Sozialem und gibt Geld lieber Unternehmen oder Reichen.
Union und SPD machen mit dieser Politik weiter, obwohl viele Menschen unzufrieden sind.
Sie glauben, dass die Menschen ihre Politik einfach nicht verstanden haben.
Dabei haben viele Menschen die Politik durchschaut und finden sie schlecht.
Durch diese Politik verlieren viele das Vertrauen in die Demokratie.
Rechte Parteien wie die AfD profitieren davon.
Was tun? – Kampf oder Flucht?
Gespenster machen Angst.
Wenn wir Angst haben, können wir fliehen oder kämpfen.

Wir wollen kämpfen!

Für ein gutes Leben für alle

Wir, die GRÜNE JUGEND Sachsen, wollen ein gutes Leben für alle Menschen.
Wir finden, der Kapitalismus ist nicht die richtige Wirtschaftsform für eine gerechte Gesellschaft.
Wir wollen eine solidarische, gerechte und umweltfreundliche Ordnung.
Die Zukunft kann besser sein.
Überall, wo Menschen zusammenarbeiten, passiert etwas Gutes.
Zum Beispiel:
- Menschen kämpfen am Arbeitsplatz für bessere Bedingungen.
- Mieter organisieren sich gegen hohe Mieten.
- Jugendliche protestieren für mehr Rechte.

Das zeigt: Gemeinsam können wir etwas verändern.
Unsere Vorstellungen sind:
- Eine warme Wohnung ohne Angst vor Mieterhöhungen.
- Zeit für Freunde und Familie.
- Eine Schule, die für alle Kinder offen ist.
- Gute medizinische Versorgung für alle.
- Busse und Bahnen fahren überall.
- Niemand wird ausgeschlossen.

Dafür wollen wir Mehrheiten gewinnen und mit anderen Menschen zusammenarbeiten.
Wenn wir gemeinsam handeln, können wir die Welt zum Besseren verändern.
Der Rechtsruck ist nicht unser Schicksal – wir können die Zukunft gestalten.
Wir kämpfen für eine Gesellschaft mit Gerechtigkeit und Freiheit für alle.